

ASYLGESETZ

# Darüber reden kann man



"Sie wissen, wovon sie reden." Die Vertreter des 'Comité des demandeurs d'asile africains engagés' überreichen Kommissionspräsident Ben Fayot ihre offizielle Bitte um eine Audienz in der Chamber.

(Foto: Jean Lichtfous/ASTI)

**Die Chamberkommission empfängt eine Delegation von Asylbewerbern, um über das neue Asylgesetz zu diskutieren. Trotz Freude über die prompte Reaktion und die gute Atmosphäre ist ihr Fazit gemischt.**

Manchmal sind öffentliche Institutionen flexibler als erwartet. Am Montag überreichte das 'Comité des demandeurs d'asile africains engagés' dem Präsidenten der Außenpolitik-Kommission der Chamber einen Brief, in dem um eine Audienz gebeten wurde. Zwei Tage später war es bereits so weit: Präsident Ben Fayot empfing zusammen mit fünf anderen Kommissionsmitgliedern die Vertreter des Komitees. "Diese Leute waren sehr gut informiert und wussten genau, wovon sie sprachen." Die Berichterstatterin der Chamber über das neue Asylgesetz, die LSAP-Abgeordnete Lydie Err, klingt fast erstaunt. Das Gespräch bezeichnet sie als "sehr interessant", es sei im Grunde "ein guter Dialog gewesen".

"Es waren unparteiische Diskussionen", sagt auch Sena Afeto vom 'Comité des demandeurs d'asile', "die Atmosphäre war sehr gut." Ohnehin ging es am Mittwoch nicht darum, Beschlüsse zu fassen. Möglicherweise trug diese Tatsache zur Offenheit des Parlamentsausschusses bei. So wurde der Vorschlag des Komitees, die offizielle Dauer der Asyl-Prozedur nicht auf sechs Monate zu begrenzen, nicht gleich vom Tisch gewischt. Sechs Monate seien zu kurz, so das Argument der Asylbewerber, hier könnte das Zeitlimit dafür sorgen, dass ein Antrag nicht sorgfältig genug bearbeitet werden kann. "Wir sind dafür, dass der Asylbewerber nach 12 Monaten zusammen mit seinem Anwalt beim Sachbearbeiter vorsprechen und sich über den Stand der Dinge informieren kann", so Afeto. Diese Idee wurde zunächst einmal für "gut" befunden, so Jean Lichtfous von der ASTI, der auf Bitte des Komitees an dem Gespräch teilnahm.

Übereinstimmung soll es auch in Bezug auf eine bestimmte Unlogik in der Einjahresfrist gegeben haben, die im Gesetzestext für den Zugang zu einer Arbeits-erlaubnis für Asylbewerber vorgesehen ist. "Wenn die Prozedur nur ein halbes Jahr dauern soll, dann würde niemand in den Genuss einer Arbeitserlaubnis kommen", bemerkt Sena Afeto. Der Staatsrat hatte sechs Monate vorgeschlagen, die Arbeitskommission der Chamber brachte schließlich den Kompromiss von neun Monaten auf den Tisch. Auf diesen "Kuhhandel", wie ihn der Grünen Abgeordnete Felix Braz bezeichnet, wird sich die Mehrheit letztendlich wohl einigen. "Das macht jedoch nur Sinn, wenn die Dauer der Gesamtprozedur auf 12 Monate erhöht wird", erklärt Afeto.

## Chamber setzt sich über Widerspruch des Staatsrates hinweg

Bereits in zwei Stellungnahmen meldete der Staatsrat seine "opposition formelle" in dem wohl folgenschwersten Punkt des neuen Gesetzes an: der Arrest von Asylbewerbern. Als "erstaunlich" bezeichnete der Staatsrat den Änderungsantrag der Chamberkommission. Diese hatte die im Gesetzesprojekt vorgesehene sechsmonatige Dauer des Arrests kurzerhand um das Doppelte erhöht. "Pour des raisons qui ne sont nullement explicitées", kritisiert der Staatsrat und spricht davon, dass diese Verlängerung "vise manifestement à décourager des demandes de protection internationale de la part de demandeurs susceptibles d'être déboutés de leur demande". Eingesperrt werden dürften dem neuen Gesetz nach

Asylbewerber, deren Identität nicht eindeutig feststellbar ist oder deren Ausreisepapiere nicht vollständig sind. Damit, so der Staatsrat, würde mit Asylbewerbern weitaus strenger verfahren als mit Ausländern, die sich illegal im Lande aufhalten.

Das Komitee der afrikanischen Asylbewerber bekam diesbezüglich von den Vertretern der Chamberkommission die inzwischen gängige Erklärung zu hören: Die Maßnahme richte sich nur gegen diejenigen, die das Asylrecht missbrauchen wollen und ihre Identität bewusst verschleiern. "Es ist den Abgeordneten durchaus bekannt, dass viele Flüchtlinge ohne Papiere geflohen sind und auch, dass es Gründe dafür gibt, seine Identität nicht preiszugeben", so Afeto. "Wir haben natürlich darauf hingewiesen, dass das Gesetz für alle gelten wird, und somit Missbrauch von Seiten der Behörde nicht ausgeschlossen werden kann", fügt der Sprecher des Komitees hinzu. Die Antwort auf diese Bedenken war nicht weniger erstaunlich als der gesamte Änderungsantrag der Chamberkommission. Ob eine Gefahr besteht, dass diese Maßnahme auch für solche Asylbewerber angewandt wird, für die sie nicht gedacht war, müsse sich erst in der Praxis herausstellen.

Möglicherweise wird dies der einzige Punkt sein, in dem sich die Meinung der Mehrheit der Abgeordneten noch ändern kann. "Die Positionen in den anderen Punkten sind bereits festgelegt", sagt Felix Braz, Mitglied der Chamberkommission. Trotz der beiden formellen Widersprüche des Staatsrates und trotz immer noch fehlender Begründung der Einjahresfrist halte man auch prinzipiell am Arrest fest. "Wahrscheinlich wird man sich letztendlich auf einen ähnlichen Kuhhandel wie bei der Arbeitserlaubnis einigen und die Frist minimal reduzieren", so Braz, der auch den Einfluss des Gesprächs mit der Kommission für begrenzt hält: "Ich finde es positiv, dass es so schnell stattfinden konnte, doch ich bezweifle, dass sich dadurch innerhalb der Kommission viel bewegen wird."

Von der Mehrheitspartei CSV sowie vom ohnehin festgelegten ADR war am Mittwoch niemand vertreten. Auf konkrete Schlussfolgerungen habe man sich nicht festgelegt, berichtet Lydie Err. Nun sei es an den Mitgliedern der Kommission, mehrheitlich darüber abzustimmen, welche Vorschläge berücksichtigt werden, erklärt sie. Die nächste Sitzung der Kommission ist am kommenden Montag. Obwohl die Abstimmung nicht offiziell auf der Tagesordnung steht, könnte es gut sein, dass das Gesetzesprojekt bereits an diesem Tag in der Kommission die Zustimmung der Mehrheit bekommen wird.

Danièle Weber

## Zone hors AGCS

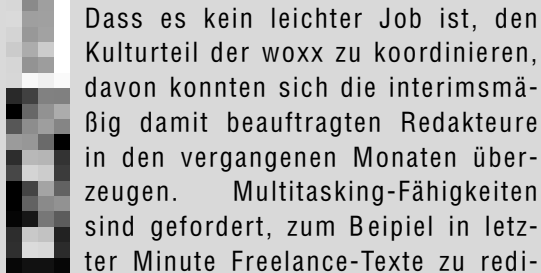
La grande braderie des services aura lieu à Hong-Kong du 13 au 18 décembre de cette année. L'Organisation mondiale du commerce (OMC) y organisera en effet son sommet qui décidera des services à libéraliser à partir du 1er janvier 2006 dans le cadre de l'Accord général sur le commerce des services (AGCS). Afin de faire face à cette menace, des collectivités locales de divers pays européens, en collaboration avec des réseaux citoyens, organisent les 22 et 23 octobre une Convention européenne des collectivités locales à Liège, "zone hors AGCS". Au Luxembourg, c'est le syndicat FNCTTFEL et Attac qui, ensemble avec le bourgmestre de Liège, appellent toutes les élues et tous les élus communaux à participer à cette rencontre. Pour plus de détails sur le programme qui comprendra des débats et des conférences, les responsables de la convention invitent les intéressé-e-s à visiter le site [www.agcs-gats-liege2005.net](http://www.agcs-gats-liege2005.net).

## Krecké: le pétrole innocenté

Le ministre de l'économie se retrouve aujourd'hui couvert de reproches - ou de louanges, c'est selon. Il serait quasiment le porte-parole du patronat dans les débats autour de la compétitivité du Luxembourg. En effet, en matière de politique énergétique, Jeannot Krecké soutient la logique de la baisse des coûts. Il semble prêt à autoriser la connexion des aciéries électriques d'Arcelor au réseau français, afin de profiter du prix imbattable des kilowatts nucléaires. Cependant, dans le débat sur l'effet inflationniste de la hausse des prix de pétrole, Jeannot Krecké se démarque des positions patronales. Répondant à une question parlementaire de Claude Meisch (DP) il réfute les raisonnements simplistes: "Il est probable que si les tendances inflationnistes sont actuellement plus fortes au Luxembourg que dans d'autres Etats membres de l'UE, ceci s'explique davantage par la meilleure situation conjoncturelle et la demande plus forte qui en résulte que par des facteurs inflationnistes spécifiques." En clair, contrairement à d'autres pays, la hausse des prix n'empêche pas les Luxembourgeois-es de continuer à consommer.

Claude Meisch s'est également enquéri des initiatives du gouvernement pour juguler l'inflation. Les mesures favorisées par le patronat sont une baisse des taxes sur les produits pétroliers ou une manipulation de l'indexation des salaires. Dans sa réponse, Jeannot Krecké ne propose rien de cela, puisqu'il vient d'expliquer que le rôle du prix du pétrole est surévalué. Mais il annonce une autre initiative: demander à l'Inspection de la concurrence (anciennement Office des prix) de ramener les prix des biens de consommation à leur niveau concurrentiel. Autrement dit, les patrons-commerçants qui profitent de l'air du temps pour gonfler leurs marges vont se faire taper sur les doigts.

## Kultur startet durch



Dass es kein leichter Job ist, den Kulturteil der woxx zu koordinieren, davon konnten sich die interimsmäßig damit beauftragten Redakteure in den vergangenen Monaten überzeugen. Multitasking-Fähigkeiten sind gefordert, zum Beispiel in letzter Minute Freelance-Texte zu redigieren, zwischendurch Veranstaltungsdaten nachzufragen, und nebenbei noch eigene Texte zu schreiben. Ab dieser Woche übernimmt wieder ein Hauptamtlich-Hauptverantwortlicher den Job: Luc Caregari ist neuer woxx-Kulturkoordinator. Der gebürtige Escher hat in Paris französische Litteratur und Journalismus studiert. Er dürfte manchen LeserInnen als ehemaliges Bandmitglied von SUMB und Moussevingt bekannt sein. Seit drei Jahren ist Luc als Musiker und Texter an den Theaterprojekten und Performances der "Independent Little Lies" beteiligt. Wir begrüßen ihn herzlich im woxx-Team.